

AUSSCHUSS FÜR DEN EUROPÄISCHEN SOZIALEN DIALOG IM POSTSEKTOR

Neue Gemeinsame Erklärung über die Entwicklung des Postsektors

Ziel

Ziele dieser gemeinsamen Erklärung:

- Weiterentwicklung aufbauend auf der Gemeinsamen Erklärung von 2007, der Erfahrung und dem erworbenen Wissen der Sozialpartner
- Erfüllung der beratenden Rolle des Ausschusses für den Sozialen Dialog gegenüber der Europäischen Kommission
- Unterstützung der Weiterentwicklung des Postsektors in den letzten Umsetzungsphasen der dritten Postrichtlinie bis zur vollständigen Marktöffnung in allen Mitgliedstaaten im Jahr 2013
- Unterstützung der Entwicklung nachhaltiger Postdienstleistungen einschließlich der Bereitstellung bezahlbarer postalischer Universaldienstleistungen, wie in der Postdiensterrichtlinie definiert
- Überwachung der vollständigen Einhaltung der in der dritten Postdiensterrichtlinie enthaltenen Sozialklausel
- Förderung und Unterstützung des sozialen Dialogs im Postsektor auf europäischer und nationaler Ebene

Einführung

Die dritte Postrichtlinie schließt den Prozess der Liberalisierung des Postmarktes in der EU ab. In 16 Mitgliedstaaten erfolgte die vollständige Marktöffnung am 1. Januar 2011, die übrigen 11 Märkte werden zum 1. Januar 2013 vollständig geöffnet. Im Zuge des Liberalisierungsprozesses sind Wettbewerber der traditionellen nationalen Postbetreiber in den Markt eingetreten. Diese Unternehmen setzen häufig auf Geschäfts- und Arbeitsmarktmodelle, die sich deutlich von jenen der nationalen Postbetreiber unterscheiden

Zeitlich ist die Marktöffnung mit dem starken Rückgang der Briefmengen zusammengefallen, der durch die globale Wirtschaftskrise nochmals verstärkt wurde

Der Postsektor befindet sich in einem Prozess des kontinuierlichen und tiefgreifenden Wandels; auf Seiten der nationalen Postbetreiber hat dieser zu umfassenden Umstrukturierungen verbunden mit der Modernisierung und Diversifizierung ihrer Aktivitäten geführt

Die Veränderungen im Postsektor haben soziale Konsequenzen – quantitative Folgen im Hinblick auf den Beschäftigungsabbau genauso wie qualitative Auswirkungen im Hinblick auf die unterschiedlichen Beschäftigungsmodelle in den verschiedenen Mitgliedstaaten

Gemeinsames Ziel der europäischen Sozialpartner ist es, den laufenden Veränderungsprozess auf nationaler Ebene zu begleiten, vor allem durch Schulungen und interne und externe Umschulungen auf Basis eines dynamischen sozialen Dialogs innerhalb der nationalen Postbetreiber

Die Gemeinsame Erklärung 2007 unterstrich die Bedeutung des „fairen Wettbewerbs im Postsektor“. Im Jahr 2008 führte der Ausschuss für den Sozialen Dialog eine Sozialbeobachtung des Postsektors ein. In diesem Zeitraum sind zwei von der Europäischen Kommission, PostEurop und UNI Europa finanziell unterstützte Projekte durchgeführt worden. Im Nachgang dieser Projekte, in deren Rahmen die Sozialpartner umfassende Daten zum laufenden Transformationsprozess erfassen konnten, zielt diese neue Gemeinsame Erklärung auf die Formalisierung einer gemeinsamen Situationsbeurteilung und die Definition zentraler Prinzipien zur Unterstützung des Veränderungsprozesses.

Eine gemeinsame Bewertung

Die Sozialpartner bestätigen, dass sich der Postsektor weiter rasch verändern wird – mit Auswirkungen auf alle nationalen Postbetreiber, ungeachtet der unterschiedlichen Situationen innerhalb der EU

Die Sozialpartner bestätigen, dass eine qualifizierte, motivierte, geschulte und anpassungsfähige Belegschaft einer der wichtigsten Erfolgsfaktoren zur Unterstützung des Veränderungsprozesses und zur Sicherstellung hochwertiger Postdienstleistungen ist

Die Sozialpartner bestätigen, dass die nationalen Postbetreiber und ihre Wettbewerber unterschiedliche Herangehensweisen im Hinblick auf die Herausforderungen und Chancen, die sich aus der Liberalisierung der Märkte und dem Rückgang der Briefmengen ergeben, gewählt haben

Den Sozialpartnern ist bewusst, dass die Bereitstellung bezahlbarer postalischer Universaldienstleistungen stets ein Kernanliegen der Postdienstleistungsrichtlinien war

Die Sozialpartner sind überzeugt, dass das Change Management auch künftig ein notwendiges Instrument in der Umgestaltung und nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung des Sektors bleibt

Den Sozialpartnern ist bewusst, dass ein ausgewogenes Verhältnis zwischen einer angemessenen Vergütung der Belegschaft und der notwendigen Anpassung an das neue Marktumfeld gefunden werden muss. Wichtig ist die Stärkung der Kompetenzen und der Beschäftigungsfähigkeit durch gemeinsame Anstrengungen des Managements, der Mitarbeiter und der Sozialpartner

Prinzipien zur Unterstützung des Transformationsprozesses

Zur Unterstützung des laufenden Transformationsprozesses setzen die Sozialpartner auf folgende Prinzipien:

- Die bessere Abschätzung und Berücksichtigung laufender Veränderungen und ihrer Konsequenzen für die Bereitstellung von Postdienstleistungen sowie für die Arbeitsorganisation, die Beschäftigung und die Qualifizierung. Das erfordert angemessene Richtlinien begleitet durch einen konstruktiven sozialen Dialog.
- Die Feststellung, dass ein sozialer Dialog auf Länderebene helfen kann, Veränderungsprozesse besser zu bewältigen. Die Umsetzung dieser Richtlinie erfordert eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen den Sozialpartnern.
- Die Förderung der Vermittelbarkeit der Beschäftigten und damit ihrer internen und externen Mobilität als gemeinsame Verantwortung der Sozialpartner sowie jedes einzelnen Mitarbeiters. Schulungen, Umschulungsprogramme und die interne Kommunikation unter Nutzung aller Informations- und Kommunikationstechnologien werden dazu beitragen, das Ziel qualitativ hochwertiger Postdienstleistungen zu erreichen
- Die Förderung von Investitionen, um der physischen und elektronischen Substitution mit einer Modernisierung des Postbetriebs zu begegnen, und einer besseren Anpassungsfähigkeit der Arbeitsorganisation, um schneller auf neue Kundenanforderungen reagieren zu können und die Produktivität zu verbessern.

Der Weg nach vorne

Die Sozialpartner haben die sozialen Entwicklungen in der Branche seit der Gemeinsamen Erklärung von 2007 genau beobachtet und wollen dies auch künftig tun, vor allem in den

Mitgliedstaaten, in denen das Konzept des sozialen Dialogs noch weniger stark entwickelt ist

Die Sozialpartner betonen die Notwendigkeit eines fairen Wettbewerbs und verpflichten sich zur fortgesetzten Überwachung der Regulierung des Postsektors einschließlich ihrer sozialen Aspekte

Die Sozialpartner bestätigen, dass es keine einheitliche Lösung für die Herausforderungen und Chancen des Sektors in den verschiedenen Mitgliedstaaten gibt. Sie rufen alle Postbetreiber und Gewerkschaften auf, die in dieser Gemeinsamen Erklärung dargelegten Prinzipien umzusetzen und einen Erfahrungsaustausch zu pflegen, um einen Lernprozess unter den Sozialpartnern innerhalb der EU anzustoßen, der nationale Besonderheiten berücksichtigt und letztlich allen Beteiligten zugutekommt

Die Sozialpartner verpflichten sich zur:

- Stärkung des Bewusstseins der wichtigsten „Stakeholder“ für die sozialen Konsequenzen der Veränderung
- fortgesetzten Überwachung der Bereitstellung postalischer Universaldienstleistungen
- umfassenden Verbreitung der Ergebnisse der Sozialbeobachtung
- weiteren Durchführung der Sozialbeobachtung und Bereitstellung aktualisierter Informationen über die Webseite des Ausschusses für den Sozialen Dialog
- Sicherstellung eines kontinuierlichen Beobachtungsprozesses
- Erfassung ausgewählter Praxisbeispiele und deren umfassender Weitergabe
